



**An die
Mitglieder
des Ausschusses für Mobilität**

**Fachbereich Klimaschutz,
Nachhaltigkeit, Umwelt und
Mobilität**

Bereich 35
Am Ochsenmarkt 1

Auskunft erteilt
Herr Hagmaier

Telefon

309 – 3599

Email

Bastian.Hagmaier@stadt.lueneburg.de

Mein Zeichen

Datum

21.05.2025

PROTOKOLL

Anliegend erhalten Sie das Protokoll zur nachstehenden Sitzung:

▼ Gremium

Ausschuss für Mobilität

▼ Sitzung vom:

02.04.2025

▼ Sitzungsort

Ritterakademie, Am Graalwall 12, 21335 Lüneburg

▼ Tatsächliche Sitzungsdauer

16:03 - 19:09 Uhr

Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigefügten Tagesordnung.

Vorsitzende

Dezernent

Protokollführerin

Redenius

Moßmann

Richter



ANWESENHEITSLISTE

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Pia Redenius

Frau Christel John Bürgermeisterin

Vertretung für: Herrn Christian-Tobias Gerlach

Mitglieder des Gremiums

Frau Carmen Maria Bendorf

Herr Ulrich Blanck

Herr Burghard Heerbeck

Frau Antje Henze

Vertretung für: Herrn Jörg Kohlstedt

Frau Andrea Kabasci

Herr Martin Lühmann

Herr Jens-Peter Schultz

Grundmandat

Herr Dirk Neumann

Herr Frank Soldan

Beratende Mitglieder

Herr Johannes Dau

Herr Jonas Korn , VCD

Herr Ulrich Mädge , Oberbürgermeister a.D.

Frau Heide Schmidt , Behindertenbeirat

Vertretung für: Herrn Peter Pabst , Behindertenbeirat

Herr Cornelius Schnabel , LCM

Herr Tobias Siewert , IHK

Herr Uwe Wenk , ADFC

Verwaltung

Herr Markus Moßmann Erster Stadtrat

Frau Uta Hesebeck FBL 7

Herr Jürgen Kipke FBL 3b

Herr Bastian Hagmaier BL 35

Herr Dennis Lauterschlag BL 32

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

- 1** **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2** **Feststellung der Tagesordnung**
- 3** **Genehmigung des Protokolls vom 04.12.2024**
- 4** **Genehmigung des Protokolls vom 05.02.2025**
- 5** **Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**
- 6** **Einwohnendenfragen**
- 7** **Förderung des Radverkehrs - fünf weitere Radreparaturstationen**
Vorlage: VO/11760/25
- 8** **BASSt-Schulstraßen-Projekt: Standortentscheidung und weitere Schritte**
Vorlage: VO/11773/25
- 9** **NUMP: Abschluss, Rückblick und weiterer Ausblick**
Vorlage: VO/11759/25
- 10** **Information zum Nahverkehrsplan des Landkreises Lüneburg**
Vorlage: VO/11758/25
- 11** **Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts im Umfeld der versenkbaren**
Polleranlage Neue Sülze/Salzstraße
Vorlage: VO/9298/20-1
- 12** **Bericht 2025 über den aktuellen Umsetzungsstand zum Radentscheid**
Vorlage: VO/10016/22-1
- 13** **Anfrage "Umsetzung des Radentscheids" (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die**
Grünen vom 27.02.2025, eingegangen am 27.02.2025)
Vorlage: VO/11763/25
- 14** **Anfrage "Radverkehrsführung in der Hindenburgstraße" (Anfrage des ADFC vom**
09.03.2025, eingegangen 09.03.2025)
Vorlage: VO/11797/25
- 15** **Anfrage "Soltauer Straße-Aufbringen von Fahrradpiktogrammen auf der Fahrbahn"**
(Anfrage des ADFC vom 18.03.2025)
Vorlage: VO/11808/25
- 16** **Anfragen im öffentlichen Teil**

PROTOKOLL:

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Redenius begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Klose, Leitung des Fachbereichs 3a – Ordnung und Bürgerservice –, stellt sich als Nachfolger von Frau Twesten ab 01.05.2025 vor.

Frau Berek, Mobilitätsbeauftragte und stellvertretende Leitung des Bereiches 35 – Mobilität, stellt sich vor.

Ebenfalls stellen sich Frau Schmidt, neues beratendes Mitglied auf Vorschlag des Behindertenbeirates, und Herr Dau, neues beratendes Mitglied auf Vorschlag des AstA, vor.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Der Ausschuss für Mobilität fasst einstimmig den folgenden Beschluss:
Die Tagesordnung wird ohne die Tagesordnungspunkte 3 und 4 festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 3 Genehmigung des Protokolls vom 04.12.2024

Die Genehmigung des Protokolls vom 04.12.2024 wird vertagt.

zu 4 Genehmigung des Protokolls vom 05.02.2025

Die Genehmigung des Protokolls vom 05.02.2025 wird vertagt.

zu 5 **Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**

Erster Stadtrat Moßmann begrüßt die Anwesenden.

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, berichtet über die Aktion Stadtradeln. Seine Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folie 7).

Danach informiert Herr Hagmaier zur Flottenmodernisierung des Fahrradverleihsystems StadtRAD. Seine Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folie 8).

Herr Kipke, Leitung des Fachbereiches 3b – Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität –, gibt zu den Abstimmungen zwischen LNVG und Hansestadt Lüneburg bezüglich des Schienenersatzverkehrs (SEV) während der DB-Qualitätsoffensive 2026 einen aktuellen Sachstandsbericht. Seine Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folien 9-10). Entgegen der Präsentation plant die LNVG vier (anstatt drei) An- und Abfahrten pro Stunde am Bahnhof Lüneburg (Stand 01.04.2025).

Ratsherr Blanck bezweifelt, dass der Einsatz von vier Gelenkbussen mit ca. 200 Plätzen, verglichen mit einem Zug des Metronoms mit etwa 800 Plätzen, ausreichend sei. Er bittet um entsprechende Nachverhandlung seitens der Verwaltung. Herr Kipke bestätigt, dass genau an diesem Punkt die Nachverhandlungen sehr intensiv geführt würden, da insbesondere während der Hauptverkehrszeiten die Kapazitäten von Bussen der von Zügen unterlegen seien.

Herr Korn, beratendes Mitglied auf Vorschlag des VCD, fragt nach, wieviel Prozent der Fahrgäste, die aktuell den Metronom nutzen, dann die Busse nutzen können. Herr Hagmaier antwortet, dass trotz der nicht immer vollständigen Auslastung der Metronom-Züge, Busse die Fahrgäste nicht jederzeit zu 100% aufnehmen könnten. Die Differenz sei auch in Abhängigkeit von den Tages- und Verkehrszeiten zu betrachten.

Herr Dau, beratendes Mitglied auf Vorschlag des AStA, möchte wissen, ob Vertretende der Universität mit in die Absprache einbezogen wurden und ob der SEV auf die Buslinie 5001 abgestimmt sei. Er weist darauf hin, dass viele Student*innen aus Hamburg zur Uni pendelten. Herr Hagmaier entgegnet, dass die Taktabstimmung der Buslinie auf den Metronom aus Richtung Winsen weiterhin bestehen bleibe. Da am Vormittag ein größerer Pendler*innenstrom aus Lüneburg herauskomme, seien größere Schwierigkeiten in die entgegengesetzte Richtung nicht zu erwarten. Sobald ein verbindlicher Fahrplan feststehe, würden diese Informationen auch in Richtung der Leuphana-Universität gebracht.

Ratsherr Soldan fragt, ob im SEV auch eine Möglichkeit zur Fahrradmitnahme bestehen werde und ob die Bereitstellung des SEV aufgrund zu erwartender Engpässe am ZOB zu einer Änderung des regulären Fahrplans führe. Herr Kipke geht nicht davon aus, dass die zusätzlichen Busse zu einer Verzögerung im regulären Fahrplan führen und hält eine Anpassung des Fahrplans daher nicht für erforderlich. Eine Fahrradmitnahme im SEV werde aller Voraussicht nach nicht möglich sein, diese Forderung werde aber selbstverständlich vonseiten der Hansestadt Lüneburg eingebracht.

Ratsherr Blanck erkundigt sich, ob es ein zusätzliches Angebot über den SEV hinaus geben könne. Herr Kipke erläutert, dass die LNVG zurzeit die Ausschreibung für den SEV vorbereite und sich dem Angebot auf dem freien Markt stellen müsse. Herr Hagmaier ergänzt, dass jeglicher Linienverkehr (Voraussetzung „regelmäßig stattfindender ÖPNV“) eine Genehmigung durch die LNVG bedürfe, er gehe daher nicht davon aus, dass ein zusätzliches Angebot genehmigt werde.

Ratsherr Soldan nennt als gelungenes Beispiel für einen SEV die Sanierung der Strecke der Riedbahn, hier wären Busse im 5-Minuten-Takt gefahren. Herr Kipke erläutert, dass dieses Beispiel nicht auf die Qualitätsoffensive auf dem Streckenabschnitt Hamburg – Hannover herangezogen werden könne. Hier sei die LNVG (und nicht die DB) zuständig und bemerkt, dass diese nach eigener Aussage einem knappen Budget unterliege.

Herr Lauterschlag, Leitung des Bereiches 32 – Ordnung und Verkehr – informiert über den Erlass des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung vom 12.03.2025 zu „Piktogrammketten mit Sinnbild Radverkehr“. Seine Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folie 11).

Danach berichtet Herr Lauterschlag zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO), die am 21.03.2025 beschlossen, jedoch noch nicht in Kraft getreten sei. Im Mobilitätsausschuss am 25.06.2025 werde er dazu ausführlich informieren.

Erster Stadtrat Moßmann greift noch einmal das Thema der Baustellensituation Dahlenburger Landstraße/ Bleckeder Landstraße auf. Die Anregung des LCM, die Kommunikation dazu überregional auszuweiten, werde aufgegriffen, indem an den Haupteinfahrtstraßen nach Lüneburg Hinweistafeln zur Erreichbarkeit der Innenstadt aufgestellt würden. Bei innerstädtischen Veranstaltungen, die nicht den Platz Am Sande betreffen, würde der ÖPNV auch weiterhin diesen ÖPNV-Knotenpunkt anfahren.

zu 6 Einwohnendenfragen

Es werden keine Einwohnendenfragen gestellt.

zu 7 Förderung des Radverkehrs - fünf weitere Radreparaturstationen Vorlage: VO/11760/25

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, berichtet über fünf neu errichtete Radreparaturstationen im Stadtgebiet und verweist hierzu auf die ausführliche Vorlage. Seine Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folien 14-15).

Auf Nachfrage des Ratscherrn Soldan bittet Herr Hagmaier darum, sich über das Mobilitätspostfach (mobilitaet@stadt.lueneburg.de) zu melden, sollten Teile der Radreparaturstation fehlen oder beschädigt sein.

Ratscherr Lühmann möchte wissen, nach welchen Kriterien die Standorte für die Radreparaturstationen ausgewählt würden. Herr Hagmaier antwortet, dass die Auswahl nach einer internen Abwägung geschehe (u.a. Flächenverfügbarkeit, Einsehbarkeit), Anregungen aus der Stadtgesellschaft würden dabei ebenfalls berücksichtigt. Vorschläge seien willkommen.

zu 8 BAST-Schulstraßen-Projekt: Standortentscheidung und weitere Schritte

Vorlage: VO/11773/25

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, informiert über den aktuellen Sachstand des BAsT-Schulstraßen-Projekts. Seine Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folien 16-17).

Ratsfrau John fragt, wo Bring- und Abholzonen eingerichtet werden und ob an der Grundschule Im Roten Feld durch Bring- und Holverkehre eine Unfallhäufung vorhanden sei. Herr Hagmaier entgegnet, dass es durch die sog. Elterntaxis eine große Einschränkung des Fuß- und Radverkehrs in unmittelbarer Umgebung der Schule, jedoch kein gehäuftes Unfallgeschehen gebe. Ziel des Projektes sei eine verbesserte Schulwegsicherheit und die Möglichkeit für Grundschul Kinder, Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad bei größtmöglicher Selbstständigkeit zurücklegen zu können. Die Einrichtung von Bring- und Abholzonen und die Festlegung von möglichen Standorten werde geprüft, sobald die Datenlage durch das Planungsbüro komplett erhoben sei. Er betont noch einmal, dass dieses Schulstraßen-Projekt ein Pilotprojekt sei. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse würden laufend durch die Verwaltung analysiert und ggfs. werde bei Bedarf nachgesteuert.

Erster Stadtrat Moßmann ergänzt, dass sich fast alle Grundschulrektoren im Rahmen der Grundschulrektorenkonferenz interessiert an der Möglichkeit von Schulstraßen gezeigt hätten, da es durch Elterntaxis regelmäßig zu heiklen Verkehrssituationen an den jeweiligen Schulen komme.

Ratsherr Heerbeck spricht sich dafür aus, dass die Beteiligung der Eltern in dem Prozess der Einrichtung einer Schulstraße gewährleistet sein müsse. Er möchte wissen, wie die Kontrolle der in einer Schulstraße geltenden Regeln sichergestellt würde.

Ratsherr Soldan schließt sich dem Ratsherrn Heerbeck an.

Herr Hagmaier führt aus, dass das Projekt unter Einbeziehung des Bereiches Schulen stattfinde und die Elternschaft selbstverständlich informiert würde. Auch bei der Umsetzung sei die Grundschule aktiver Part und werde einen Teil der Kontrollen übernehmen. Eine umfassende Kontrolle der in einer Schulstraße geltenden Regeln könne nicht durch die Verwaltung sichergestellt werden, auch sei die Polizei zuständig für die Kontrolle des fließenden Verkehrs.

Herr Wenk, beratendes Mitglied auf Vorschlag des ADFC, begrüßt das Projekt und weist auf eine Aktion des ADFC-Landesverbandes zur Förderung von Schulstraßen hin.

Ratsherr Neumann fragt, wie die Verkehrsverdrängung in andere Straßenzüge vermieden werden könne.

Herr Hagmaier legt dar, dass nicht nur die Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße, sondern auch die zuführenden Straßen Herderstraße und Heinrich-Heine-Straße zentral in der Planung seien. Es würden eher Verdrängungseffekte in die Uelzener Straße vermutet, die diesen Verkehr auch aufnehmen könne.

zu 9 NUMP: Abschluss, Rückblick und weiterer Ausblick Vorlage: VO/11759/25

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, berichtet über die Abschlussveranstaltung des NUMP. Seine Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folien 18-22).

zu 10 Information zum Nahverkehrsplan des Landkreises Lüneburg Vorlage: VO/11758/25

Herr Gröning, Mitarbeiter des Fachdienstes Mobilität des Landkreises Lüneburg, informiert zum Nahverkehrsplan (NVP) des Landkreises Lüneburg. Seine Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folien 23-37).

Sowohl Herr Gröning als auch Frau Harlfinger-Düpow, Leitung des Fachdienstes Mobilität des Landkreises Lüneburg, stehen für Fragen zur Verfügung.

Ratsherr Schultz weist darauf hin, dass der Beteiligungsprozess des vorherigen NVP fast zwei Jahre gedauert habe, er halte den jetzt festgesetzten Zeitraum für die Beteiligung für viel zu kurz. Die Stadt Lüneburg sei Knotenpunkt des ÖPNV im Landkreis, hier gebe es komplexe Abhängigkeiten zu bedenken.

Frau Harlfinger-Düpow stimmt dem Einwand des Ratsherren Schultz grundsätzlich zu und äußert sich zuversichtlich, dass durch die Informationsveranstaltung in der Ritterakademie viele Fragen zum NVP geklärt werden könnten. Die Zeit für die Beteiligung sei auch deshalb so kurz bemessen, da der NVP ab 01/2026 gültig sein müsse.

Ratsherr Soldan bittet um Auskunft, welche konkreten Maßnahmen zu den Schülerverkehren geplant seien.

Frau Harlfinger-Düpow führt aus, dass der NVP als Planungsgrundlage für die folgenden fünf Jahre zu begreifen sei, jedoch keinen konkreten Planungsstand abbilde.

Ausschussvorsitzende Redenius schlägt vor, dass weitergehende Fragen für eine vertiefte Auseinandersetzung in der Informationsveranstaltung gestellt werden können.

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, stellt die Kritikpunkte am NVP von Seiten der Stadt dar. Diese sind im Schreiben an den Landkreis Lüneburg zusammengefasst, welches als Anlage der Vorlage VO/11758/25 beigelegt ist.

Frau Harlfinger-Düpow bedankt sich für die Anregungen und Kritikpunkte.

Frau Harlfinger-Düpow erklärt auf eine Nachfrage des Ratsherren Blanck, dass Hinweise und Anregungen bezüglich des konkreten Liniennetzes willkommen seien und an die MOIN weitergegeben würden.

Ratsherr Schultz erachtet eine weitergehende politische Auseinandersetzung für erforderlich und beantragt daher eine Sondersitzung des städtischen Mobilitätsausschusses zu dem Thema Nahverkehrsplan.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität fasst mehrheitlich folgenden Beschluss: Eine zusätzliche Sitzung des städtischen Mobilitätsausschusses für die Befassung mit dem NVP des Landkreises Lüneburg wird anberaumt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 2

Nachtrag zu Protokoll: Dieser zusätzliche Ausschuss ist auf den 20.05.2025 in der Ritterakademie terminiert.

zu 11 Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts im Umfeld der versenkbaren Polleranlage Neue Sülze/Salzstraße

Vorlage: VO/9298/20-1

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, und Frau Berek, Mobilitätsbeauftragte und stellvertretende Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, informieren zu den Planungen des Fahrradrings im Abschnitt des Umfelds der versenkbaren Polleranlage Neue Sülze/Salzstraße. Ihre Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folien 38-51).

Ratsfrau John fragt, wie das Konfliktpotential zwischen Bussen und dem Radverkehr eingeschätzt werde und ob der Poller ab 19 Uhr heruntergefahren würde.

Herr Hagmaier legt dar, dass die gewählten Breiten für die Begegnung Bus- und Radverkehr ausreichen. Der Bereich an der Bushaltestelle sei zudem gut einsehbar, so dass Konfliktmöglichkeiten minimiert würden.

Erster Stadtrat Moßmann erklärt, dass der Poller auch der Durchsetzung des geltenden Straßenverkehrsrechts diene und daher gemäß den geltenden Durchfahrtsbeschränkungen programmiert werden wird.

Herr Korn, beratendes Mitglied auf Vorschlag des VCD, begrüßt die Planung insbesondere im Hinblick auf den Straßenquerschnitt. Aus seiner Sicht bedeute eine Umsetzung der vorgestellten Planung eine wirkliche Verbesserung für den Fußverkehr.

Ratsfrau Kabasci möchte wissen, wohin genau die Bushaltestelle verlegt werde.

Herr Lauterschlag, erläutert ausführlich die Planung der Bushaltestelle in Relation zur Polleranlage anhand der in der Präsentation enthaltenen Planungsskizzen.

Herr Siewert, beratendes Mitglied auf Vorschlag der IHK, erkundigt sich, wie das Management der Poller genau gesteuert werde.

Erster Stadtrat Moßmann verweist auf die Beschlusslage des Rates hinsichtlich des Fahrradrings und der Polleranlagen. Die Themen „Absicherung der Innenstadt“ und „Durchsetzung des geltenden Straßenverkehrsrechts“ würden bei der Markterkundung berücksichtigt, das Leistungsverzeichnis werde gerade erstellt. Eine Berechtigung zur Durchfahrt könne vielfältig erfolgen z. B. über einen Sender oder auch kurzfristig über einen QR-Code.

Ratsherr Soldan fragt, ob die Fördermittel aufgrund der gemeinsamen Betrachtung von Fahrradring und Polleranlage auch für beides zur Verfügung stünden. Erster Stadtrat Moßmann sagt, dass die Einwerbung von Fördermitteln für die Polleranlage beabsichtigt sei. Weiter fragt Ratsherr Soldan, ob die Fördermittel aus dem Programm „Klimaschutz durch Radverkehr“ nur dann gezahlt würden, wenn der gesamte Fahrradring umgesetzt würde. Herr Hagmaier führt aus, dass bisher kein Fördermittelbescheid vorliege und daher die konkreten Abbruchkriterien auch noch nicht bekannt seien.

Ratsherr Blanck bittet die Verwaltung, die berechtigten Anliegen der Gewerbetreibenden und Handwerker bezüglich der Zugänglichkeit der Salzstraße bei der Markterkundung mit zu berücksichtigen.

Ratsherr Heerbeck möchte wissen, wie die Wendeverkehre für Fahrzeuge ohne Durchfahrtsberechtigung ermöglicht würden.

Herr Hagmaier legt die Abwägungen der Verwaltung bezüglich der Wendeverkehre dar. Es solle verhindert werden, dass motorisierter Verkehr die Fußgängerzone zum Wenden nutze und dass direkt vor der Einfahrt zum Parkhaus Wendeverkehre stattfinden.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die räumliche Planung zum Pollerumfeld und den zugehörigen Abschnitt des Fahrradings (Salzstraße/ Neue Sülze) in Form der beigefügten Entwurfsplanung fortzusetzen und die vorgestellten Pläne baulich umzusetzen. Die Ausgestaltung soll vorrangig in Form einer Fahrradstraße gestaltet werden. Die im Haushaltsjahr 2025 für den Teilabschnitt des Fahrradings veranschlagten Mittel in Höhe von 720.500 € werden für die Umsetzung freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

**zu 12 Bericht 2025 über den aktuellen Umsetzungsstand zum Radentscheid
Vorlage: VO/10016/22-1**

Frau Berek, Mobilitätsbeauftragte und stellvertretende Leitung des Bereiches 35 – Mobilität, berichtet über den aktuellen Umsetzungsstand zum Radentscheid. Ihre Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folien 52-65).

**zu 13 Anfrage "Umsetzung des Radentscheids" (Anfrage der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen vom 27.02.2025, eingegangen am 27.02.2025)
Vorlage: VO/11763/25**

Frau Berek, Mobilitätsbeauftragte und stellvertretende Leitung des Bereiches 35 – Mobilität, verweist für die Beantwortung der Anfrage vollumfänglich auf ihren Vortrag zu TOP 12.

Ratsfrau Kabasci fragt, ob die mobilen Fahrradabstellanlagen noch verlagert werden. Frau Berek führt aus, dass in der Wallstraße die Fahrradabstellanlagen verstetigt werden solle. Hierzu sei noch eine verkehrsrechtliche Anordnung erforderlich. In diesem Zuge werde auch geprüft, welche weiteren Standorte für die mobilen Fahrradabstellanlagen in Frage kämen.

Herr Korn, beratendes Mitglied auf Vorschlag des VCD, möchte wissen, was konkret notwendig wäre, um die Ziele des Radentscheids erreichen zu können. Er bittet darum, dass bei konkreten Radverkehrsprojekten auch der Bezug zum Radentscheid hergestellt werden könne.

Herr Wenk, beratendes Mitglied auf Vorschlag des ADFC, äußert sich kritisch zu den nicht erreichten Zielen des Radentscheids.

Frau Berek legt dar, dass insbesondere aufgrund der mangelnden Flächenverfügbarkeit in einem engen städtischen Raum und dem Ziel, bei einer Umgestaltung des Verkehrsraums die teils verschiedenen Interessen der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmenden zu berücksichtigen, nicht immer die Regelmaße für Radverkehrsanlagen eingehalten werden könne. Oft stelle eine Planung einen Kompromiss dar, dem aber immer eine ausführliche Abwägung voranginge. Teilweise könnten Anlagen für nachhaltige Mobilität nicht erweitert werden, da hierzu Grundstücksanteile von privaten Eigentümern erworben werden müssten. Entsprechende Verhandlungen zögen sich oft sehr lange hin oder scheiterten.

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, sichert zu, dass radverkehrsbezogene Planungen zukünftig einen Bezug zum Radentscheid aufnehmen.

**zu 14 Anfrage "Radverkehrsführung in der Hindenburgstraße" (Anfrage des ADFC vom 09.03.2025, eingegangen 09.03.2025)
Vorlage: VO/11797/25**

Erster Stadtrat Moßmann verweist auf die Ausführungen in der Vorlage.

**zu 15 Anfrage "Soltauer Straße-Aufbringen von Fahrradpiktogrammen auf der Fahrbahn" (Anfrage des ADFC vom 18.03.2025)
Vorlage: VO/11808/25**

Erster Stadtrat Moßmann verweist auf die Vorlage und bezieht sich ebenfalls auf die Ausführungen von Herr Lauterschlag, Leitung des Bereiches 32 – Ordnung und Verkehr –, zu dem Erlass des Nds. Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung „Piktogrammketten mit Sinnbild Radverkehr“ unter den Mitteilungen der Verwaltung.

Herr Wenk, beratendes Mitglied auf Vorschlag des ADFC, weist auf den maroden Zustand des westlichen, nicht benutzungspflichtigen, Radwegs im unteren Abschnitt nahe des Bögelkreisels hin und hält auch hier die Markierung von Fahrradpiktogrammketten auf der Fahrbahn für sinnvoll. Erster Stadtrat Moßmann sichert eine Prüfung zu.

zu 16 Anfragen im öffentlichen Teil

Ratsherr Soldan hat im Vorfeld der Sitzung des Mobilitätsausschusses Fragen eingereicht. Erster Stadtrat Moßmann beantwortet die Fragen sehr kurz. Die ausführliche Beantwortung geschieht folgend als Nachtrag zum Protokoll:

Wie hoch ist die Nutzung der Fahrradabstellanlagen in der Uelzener Straße?
Die Nutzung variiert – je nach Abschnitt – recht deutlich. Während einzelne Abstellbügel regelmäßig durch Anwohner:innen genutzt werden, zeigen andere bislang eine geringere Frequentierung. Dieses Bild ist in Straßenräumen mit überwiegender Wohnnutzung nicht ungewöhnlich: Dort erfolgt die Nutzung oft weniger dynamisch als etwa an Einkaufs- oder ÖPNV-Knotenpunkten, da die Abstellanlagen eher dem längerfristigen Parken von Alltagsrädern dienen. Auch saisonale und witterungsbedingte Schwankungen spielen hier eine Rolle.

Wie lange soll die „Gewöhnungsphase“ noch dauern?
Die Fahrradabstellanlagen sind Teil eines langfristigen Infrastrukturansatzes zur Stärkung des Radverkehrs. Eine definierte „Gewöhnungsphase“ im engeren Sinn gibt es nicht – wohl aber die Erwartung, dass sich neue Angebote mittelfristig etablieren. Zwei Jahre nach der Umgestaltung ist aus stadt- und verkehrsplanerischer Sicht noch keine abschließende Bewertung möglich. Ähnliche Maßnahmen in anderen Quartieren zeigen, dass sich eine stärkere Nutzung oft erst über einen längeren Zeitraum entwickelt – insbesondere, wenn das Radverkehrsangebot im Umfeld weiter ausgebaut wird.

Wäre es bei einer geringen Nutzung sinnvoll, die Bügel anderweitig aufzustellen?
Ein Rückbau oder eine Verlagerung einzelner Bügel ist grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Die vorhandenen Anlagen wurden im Rahmen eines übergreifenden Gestaltungskonzepts installiert, das sowohl funktionale als auch sicherheitsrelevante Aspekte – etwa Sichtachsen oder Freihaltung von Einmündungen – berücksichtigt. Insbesondere an solchen Stellen hätte ein Rückbau negative verkehrliche Folgen, da die Flächen schnell wieder von Kfz beansprucht würden. Dort jedoch, wo einzelne Bügel aus heutiger Sicht verzichtbar erscheinen, kann bei künftigen Planungen geprüft werden, ob sie an anderer Stelle besser zur Geltung kommen – etwa im Rahmen von Umbaumaßnahmen oder zur Deckung konkret identifizierter Bedarfe im Stadtgebiet. Voraussetzung wäre dabei stets eine sorgfältige Prüfung im Einzelfall – sowohl funktional als auch wirtschaftlich.

Wenn ja – wo?

Aktuell besteht kein konkreter Plan zur Umsetzung einzelner Bügel. Der Bedarf an Fahrradabstellmöglichkeiten wird jedoch fortlaufend bei neuen Vorhaben mitgedacht – etwa im Umfeld des Munstermannskamp. Falls im Rahmen zukünftiger Planungen konkrete Bedarfe sichtbar werden, könnten dort gezielt neue Abstellanlagen ergänzt bzw. weniger genutzte Standorte sinnvoll ersetzt werden.

Zusammenfassend: Die Fahrradabstellanlagen in der Uelzener Straße sind Teil eines langfristigen Konzepts zur Förderung des Umweltverbunds. Auch wenn einige Bügel derzeit weniger genutzt werden, behalten sie ihre Funktion als Baustein eines stadtweiten Abstellangebots. Gleichzeitig behalten wir potenzielle Anpassungsbedarfe – dort, wo dies ohne sicherheitsrelevante Einschränkungen möglich ist – im Blick und prüfen Optionen im Kontext zukünftiger Planungen.

Ratsherr Lühmann möchte den aktuellen Sachstand zum Radspeicher wissen.

Antwort als Nachtrag zum Protokoll: Nach Aussagen des Fachbereiches 8 – Gebäudewirtschaft – seien die Planungen für eine Nachrüstung einer Zugangsschleuse mit Vergitterungen angehalten, da hierfür im Haushalt keine Mittel zur Verfügung stünden. Abschnittsweise durchgeführt würde die Stahl-sanierung zur baulichen Unterhaltung. Aktuell seien etwa 30-40% saniert. Momentan werde ein neues Nottreppenhaus zur Längsseite Richtung Bahnhofsstraße geplant, da das bisherige Nottreppenhaus an der Kurzseite Richtung Bleckeder Landstraße wegen der Brückensanierung und Straßenbauarbeiten zurückgebaut werden müsse.

Ratsherr Lühmann schlägt die Dörnbergstraße für die Markierung von Fahrradpiktogrammketten gemäß dem vorgestellten Erlass vor.

Herr Wenk, beratendes Mitglied auf Vorschlag des ADFC, fragt zu der häufig gestörten LSA an der Einmündung Bargenturm/Sültenweg. Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, führt aus, dass Störungen an den Tastern weitestgehend durch Vandalismus entstünden. Es sei Ziel, dass die LSA im Stadtgebiet möglichst ein gleiches Erscheinungsbild aufweisen, daher halte die Stadt immer einen Vorrat von Tastern bereit, die bei Schäden dann zügig ausgetauscht werden könnten.

Herr Hagmaier sichert auf die Frage Herrn Wenks nach der Vorfahrtsregelung an der Einmündung Am Wasserturm/Bei der St. Johanniskirche eine Beantwortung zu Protokoll zu.

Antwort der Straßenverkehrsbehörde als Nachtrag zu Protokoll:

Die bereichsübergreifende rechtliche Abstimmung konnte leider noch nicht erfolgen. Die Intention des ADFC, den Umweltverbund, insbesondere den ÖPNV, bei der Ausfahrt aus der Innenstadt zu bevorzugen, wird von der Verwaltung ausdrücklich begrüßt. Im Zuge der weiteren Planung des Fahrradings wird berücksichtigt, dass eine Bevorrechtigung des ÖPNV unbedingtes Ziel sein sollte.

Herr Hagmaier kündigt an, dass die gewünschte Sondersitzung des Mobilitätsausschusses zum Nahverkehrsplan des Landkreises am 20. Mai 2025 stattfindet.

